

Programm der FDP – Rodgau für die Kommunalwahl 2006

Richtig für Rodgau



Themenübersicht

Präambel.....	TOP 1
Soziale Sicherung, Erneuerung, Bildung.....	TOP 2
Wirtschaft und Finanzen.....	TOP 3
Lebensqualität und Stadtentwicklung.....	TOP 4
Moderne Stadt – Moderne Verwaltung.....	TOP 5

Präambel – Unsere Stadt, unsere Heimat

Unsere Kommune ist unsere Heimat und die kleinste politische Ebene, die das Zusammenleben bestimmt. Aber die Existenz unserer Kommunen ist stark gefährdet.

Die fehlende finanzielle Grundlage durch wegbrechende Steuereinnahmen, ansteigende Haushaltsdefizite, das geringe Wirtschaftswachstum, der damit verbundene Verlust von Arbeitsplätzen und die demografische Entwicklung sind nur einige Problemfelder, die unsere Kommune, unser Zuhause bedrohen. Viele Regelungen von Europäischer, Landes- oder Bundesebene schränken die kommunale Gestaltungsmöglichkeit erheblich ein. Die FDP hat sich zum Ziel gesetzt, diese Situation zu verändern. Wir wollen unsere Kommunen als politische Ebene bewahren und ihre Verantwortung stärken. Helfen Sie mit, den Fortbestand unserer Kommune zu sichern. Die Politik der FDP legt die Schwerpunkte ihrer Handlungsfelder schon immer auf die im Sinne einer freien Bürgergesellschaft zu schaffenden Rahmenbedingungen zum Leben und Arbeiten, einer Gesellschaft, in der sich jeder Einzelne einsetzt, für sich und andere. Der demografische Wandel, der auch die Bevölkerungsstruktur Rodgaus erfassen wird und teilweise schon erfasst hat, muss vor dem Hintergrund des Zieles einer „liberalen Bürgergesellschaft“ zu Veränderung von Prioritäten und zur Setzung neuer kommunalpolitischer Akzente führen. Die Kommune ist der Ort für persönliches Engagement im Sinne der liberalen Verantwortungs- und Bürgergesellschaft. Hier ist die Möglichkeit des Einzelnen, seinen unmittelbaren Lebensraum, seine Lebensbedingungen und seine Lebensqualität selbst zu erkennen und mitzugestalten. Für Liberale gilt der Vorrang der kleinen Einheit: Auf höherer Ebene darf nur geregelt werden, was auf unterer Ebene nicht besser geregelt werden kann (Subsidiaritätsprinzip). In der Bürgergesellschaft ist ehrenamtliches Engagement die Voraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen. Wo diese Strukturen bestehen und erfolgreich arbeiten, sollen sie nicht ohne Not auf staatliche / kommunale Einrichtungen übertragen werden (z.B. Freiwillige - Feuerwehren).

1.) Soziale Sicherung und Erneuerung, Bildung.

Wir wollen das Betreuungsangebot für unsere Kinder weiter ausbauen.

Zu dem sehr guten Angebot an Kindergartenplätzen für drei- bis sechsjährige Kinder muss das Betreuungsangebot für die ein- bis dreijährigen Kinder aufgebaut und weiter entwickelt werden. Die Stadt Rodgau soll in der Bereitstellung von „Krabbelgruppen“ einen Spitzenplatz einnehmen. Hierbei setzt die FDP auf ein Miteinander von Tageselternprojekten, privaten und kirchlichen Initiativen und städtischem Angebot. Die FDP strebt bei den Kinderbetreuungseinrichtungen eine weitere Anpassung der Öffnungszeiten an den Berufsalltag der Eltern an. Nach dem Willen der FDP sollen verstärkt Bildungselemente in die Betreuungsarbeit einfließen. Die vorschulische Bildung wird auch im Hinblick auf die Integration von Kindern mit ausländischer Herkunft als zwingend notwendig angesehen. Um eine nahtlose Weiterentwicklung der kindlichen Bildung zu garantieren, setzt die FDP auf den verstärkten Ausbau der Grundschulen zu offenen Ganztagschulen. Hierbei wird Wert darauf gelegt, eine Integration der Horte in die Grundschulen zu erreichen. Für uns Liberale steht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an erster Stelle. So muss sich zwingend auf ein gutes Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder, ein gleichwertiges für Jugendliche aufbauen. Wir müssen bestrebt sein, das Angebot für Jugendliche in unseren Jugendhäusern weiter auszubauen und bedarfsgerecht zu entwickeln. Das Jugendkonzept der Stadt Rodgau weist hier in die richtige Richtung und ist als lernendes Konzept ein gelungener Einstieg, aber auch hier muss auf ein bedarfsgerechtes Angebot geachtet werden. Es ist unser Ziel, die Öffnungszeiten der Jugendeinrichtungen in den Nachmittagsstunden auszudehnen und auch Angebote in den so genannten Feierabend- und Wochenendzeiten zu unterbreiten. Die FDP setzt sich für eine größere Beteiligung der Vereine ein. Die Vereine sollen ihr Angebot in den Jugendeinrichtungen anbieten können, um so die Nutzung der Einrichtungen für einen größeren Kreis von Jugendlichen interessanter zu gestalten.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Schulsozialarbeit an allen Rodgauer Schulen angeboten wird. Die Berufswegebegleitung für Jugendliche und junge Erwachsene ist auszubauen und zu einer permanenten Einrichtung der Stadt zu entwickeln. Die FDP sieht die Integration von Einwohnern ausländischer Herkunft als eine der wichtigsten Aufgaben an, um ein friedliches und tolerantes Miteinander zu gewährleisten.

Voraussetzung für eine gelungene Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Die FDP unterstützt alle Maßnahmen, die das Zusammenleben deutscher und nichtdeutscher Mitbürger aktiv verbessern. Die FDP wird sich für eine dynamische Seniorenarbeit einsetzen. Die Arbeit der Seniorenkommission ist zu unterstützen. Die Seniorenkommission soll regelmäßig über die städtische Seniorenarbeit unterrichtet werden und ist zu den sie betreffenden Fragen anzuhören. Wohnen und Leben im Alter gehört auf die Agenda der Rodgauer Sozialpolitik. Ziel muss es hierbei sein, den älteren Mitbürgern den Aufenthalt in der

gewohnten Umgebung so lange wie möglich zu erhalten. Deshalb sind Projekte, die quartierbezogene Wohn- und Lebenskonzepte beinhalten, vorrangig zu unterstützen.

2.) Wirtschaft und Finanzen.

Eine leistungsstarke Wirtschaft ist die notwendige Voraussetzung, politischen Handlungsspielraum zu erhalten, Ideen umzusetzen und die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Die FDP betrachtet es als ihre Aufgabe, für eine leistungsstarke Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, um Wachstum zu erzeugen. Arbeitsmarktprobleme vor Ort können nicht durch die Schaffung öffentlich bezahlter oder geförderter Arbeitsplätze gelöst werden. Arbeitsplätze entstehen auf Grund privater Initiative, deshalb wird sich die FDP für die Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen, einsetzen. Die Stärkung der Wirtschaft hat hohe Priorität. Deshalb muss die Stadt Rodgau eine aktive Ansiedlungspolitik betreiben. Die FDP steht für eine aktive Wirtschaftsförderung, die an die erste Stelle des vom Magistrat und Bürgermeister zu erfüllenden Aufgabenkatalogs gehört. Die verkehrstechnisch gegebenen Standortvorteile Rodgaus im Wirtschaftsraum Rhein-Main sind hervorragend und müssen aktiver nach außen dargestellt werden. Für die FDP ist es vorstellbar, die Position des Wirtschaftsförderers mit einer fachkompetenten Person aus der freien Wirtschaft zu besetzen. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass Angebote von „Großflächen – Unternehmen“ vom Magistrat der Stadt positiver als bisher angenommen werden. Die Ansiedlung von Fachmärkten stärken den Wirtschaftsstandort Rodgau und gewährleisten höhere Steuereinnahmen, weil sie die Rodgauer Kaufkraft bindet.

Das noch in den „Kinderschuhen“ steckende Wirtschaftsförderungskonzept muss weiterentwickelt werden, es sind auch die so genannten „weichen Standortfaktoren“ wie die Möglichkeit einer naturnahen Freizeitgestaltung zu berücksichtigen. Auf Basis der in diesem Konzept enthaltenen Grundlagen und Ziele ist auch nach regionalen und interkommunalen Kooperationen zu suchen, die zum Nutzen der Stadt Rodgau auszuschöpfen sind.

Die Verwaltung ist so zu organisieren, dass Unternehmer schnell den richtigen Ansprechpartner finden und ihre Anliegen zügig bearbeitet werden. Ausschreibungen

für Investitionen und Dienstleistungen der Stadt müssen so gestaltet werden, dass sich auch kleine und mittelständische Unternehmen Erfolg versprechend bewerben können. Eine ausreichende Finanzausstattung ist der Kern kommunaler Selbstverwaltung. Die Zurückgewinnung finanzieller Spielräume ist für die FDP daher ein zentrales Thema um künftigen Generationen notwendige Gestaltungsspielräume zu öffnen.

Die FDP will die Lebensqualität in der Stadt Rodgau erhalten und langfristig verbessern, da diese ein immer wichtigerer Faktor im Wettbewerb der Regionen und Städte untereinander wird. Wir Liberalen setzen uns selbstverständlich darüber hinaus weiter dafür ein, dass nicht die nächsten Generationen für Ansprüche bezahlen müssen, die allein der Befriedigung des heutigen Konsums dienen. Ausgehend vom Verursacherprinzip soll jede Generation entsprechend ihrem Anteil am Nutzen der öffentlichen Ausgaben auch an deren Finanzierung beteiligt werden. Auch die Stadt Rodgau darf auf Dauer nicht mehr ausgeben als sie einnimmt, deshalb sind wirksame Maßnahmen zur Verringerung des Defizits einzuleiten, um die Finanzen der Stadt zu sanieren.

Oberstes finanzpolitisches Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt. Sämtliche Ausgaben und Aufgaben sowie die damit verbundenen Organisationsstrukturen bedürfen der ständigen Überprüfung. Die FDP steht zum Konnexitätsprinzip. Wenn also Leistungen von Bund oder Land auf die Kommune übertragen werden, müssen diese auch für einen finanziellen Ausgleich sorgen. Wer eine Leistung anordnet, hat sie auch zu bezahlen.

3.) Lebensqualität und Stadtentwicklung.

Rodgau muss die Stadt werden, die ihre Chancen erkennt und nutzt und darf nicht nur die Stadt der günstigen Entwicklungschancen bleiben. Damit Rodgau eine lebenswerte Stadt bleibt, müssen die Herausforderungen der Zukunft angegangen

und gelöst werden. Die günstige Lage und die hervorragende Anbindung an die umgebenden Ballungsräume und Wirtschaftszentren sowie die Ausprägung als Mittelzentrum der Region Darmstadt – Aschaffenburg - Offenbach machen Rodgau zu einem attraktiven und gefragten Wohnstandort. Künftige Maßnahmen in der Stadtentwicklung müssen zwingend Rücksicht auf die sich verändernde Struktur der Bevölkerung nehmen und dabei auch den Belangen einer älter werdenden Bevölkerung Rechnung tragen. Die Region Südhessen sieht sich nicht mit dem Problem einer Bevölkerungsschrumpfung konfrontiert, wohl aber einem Wandel in der Zusammensetzung der Bevölkerung ausgesetzt. Die FDP fordert daher die Einführung eines „Demografie-Checks“ für alle künftigen Investitions- und Entwicklungsvorhaben. Dabei soll jedes Vorhaben daraufhin überprüft werden, ob es den lokalen Anforderungen unter Berücksichtigung der künftigen Entwicklungen des demografischen Wandels hinreichend Rechnung trägt. Rodgau gehört zu den Kommunen, die noch in größerem Ausmaß Bauland ausweisen können. Dem Flächenwachstum der Stadt sind aber Grenzen gesetzt. Somit muss es gelingen, weiterhin attraktiven und finanzierbaren Wohnraum für die Menschen in der Stadt, auch und gerade für junge Familien zu schaffen. Hierbei ist ein Freiraum für alle Alternativen an Lebens- und Wohnkonzepten zu eröffnen. Hierzu sind die verschiedensten Standorte hinsichtlich ihrer derzeitigen liegenschaftlichen Verwendung und einer möglichen Umwidmung einer Untersuchung zu unterziehen. In der städtebaulichen Weiterentwicklung haben alle Stadtteile die gleiche Priorität. Die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt hängt im hohen Maße davon ab, ob es gelingt, Rodgau als Lebens- und Wohnraum attraktiv zu halten und dabei den strukturellen Veränderungen des demografischen Wandels verantwortungsvoll zu begegnen. Die Stärken Rodgaus müssen im Rahmen eines professionellen Stadt- und Standortmarketings offensiv vermarktet und hervorgehoben werden.

Dabei bietet sich durch die Einbindung von Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing eine Gelegenheit zur Professionalisierung und Vernetzung, zur Bündelung der Aktivitäten und zur daraus resultierenden Nutzung von Synergieeffekten. Die FDP setzt hierbei konsequent auf die Einbindung der Kräfte der freien Wirtschaft, auf freiwillige Zusammenschlüsse wirtschaftlicher Interessenvertreter, die sich

gemeinsam mit der Stadt Rodgau an der Konzeptionierung und Umsetzung von Stadtmarketingmaßnahmen beteiligen.

Rodgau ist eine kleine Großstadt im Grünen. Um so mehr sind alle Bürger, aber auch die politisch Verantwortlichen aufgerufen und gefordert, ökologisch bewusst zu handeln und einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen zu pflegen. Die FDP fordert die zügige Umsetzung von Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs in öffentlichen Einrichtungen und bei kommunalen Fahrzeugen durch die Nutzung innovativer und zukunftsweisender Verbrauchsregulierungen und –senkungen. Dabei sind sachgerechte Lösungen zu implementieren, die frei von verfehlten ideologischen Leitgedanken ziel- und ergebnisorientiert auf eine Senkung des Energieverbrauchs hinwirken. Eine funktionierende Abfallentsorgung, gepflegte Parkanlagen, sauberes Wasser und die Erhaltung und Aufforstung des Stadtwalds sind grundlegende Zielsetzungen einer liberalen Umwelt- und Naturschutzpolitik. Unnötige Regularien, die mit Argumenten des Umweltschutzes nicht tragfähig begründet werden können und ausschließlich die Selbstbestimmungsmöglichkeiten des Einzelnen beschränken, sind abzuschaffen. Umweltschutz und Umweltpolitik dürfen im Verständnis der FDP kein Selbstzweck sein. Sämtliche Umweltschutzmaßnahmen müssen sich daher auch nach Maßstäben der Wirtschaftlichkeit und des objektiven Nutzens für die Bürger dieser Stadt messen lassen. Dafür wird die FDP Sorge tragen.

Kunst und Kultur sind von zentraler Bedeutung für die Lebenserfüllung und Selbstverwirklichung des Einzelnen. Sie vermitteln die Grundwerte einer freien Zivilgesellschaft und dienen damit nicht nur dem Individuum, sondern der ganzen Gesellschaft. Ein vielfältiges, reichhaltiges und hochwertiges Kulturleben ist ein bedeutsamer Gradmesser für die Lebensqualität einer Stadt. Daher kann und muss Kulturpolitik ein wesentlicher Bestandteil der Kommunalpolitik sein; denn der Wettbewerb der Städte fordert die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung auch durch die Schaffung eines attraktiven kulturellen Angebotes. Kultur ist auch ein gewichtiger wirtschaftlicher Faktor.

Angesichts der schwierigen finanziellen Situation des kommunalen Haushalts ist es jedoch unabdingbar, auch bei der Kulturförderung neue und innovative Wege unter Einbeziehung aller Gesellschaftsgruppen zu gehen.

Die FDP setzt sich daher für aktive Förderung der Kooperation und Zusammenarbeit von städtischen und überregionalen Kultureinrichtungen ein, bei der auch

gemeinsame Konzepte der Vermarktung des kulturellen Schaffens zu erarbeiten sind. Die Kulturszene in Rodgau ist geprägt durch die Aktivitäten zahlreicher Vereine und privater Initiativen. Diese durch Präsentations- und Werbemöglichkeiten zu fördern, die Fortbildung Ehrenamtlicher und finanzielle Unterstützung in angemessenem Rahmen ist Ziel liberaler Politik. Zur Unterstützung dieser notwendigen Bemühungen setzt sich die FDP für die Weiterentwicklung und Professionalisierung des Kulturmanagements in Rodgau ein, um die Stärken Rodgaus in Kunst und Kultur besser in der Außenwirkung darzustellen.

Die angedrohte finanzielle Pflichtbeteiligung an den Kultureinrichtungen im Rhein-Main-Gebiet würde ein solches Engagement verhindern, daher spricht sich die FDP gegen einen Kulturzwangsverband im Rhein-Main-Gebiet aus.

Die FDP wird sich für ein konstruktives und koordiniertes Zusammenwirken von Trägern und Förderern kultureller Einrichtungen, städtischer Organisationen und Wirtschaftsunternehmen einsetzen, um der Kultur den Raum und die Geltung zu erhalten, der für die Stadt Rodgau unerlässlich ist.

4.) Moderne Stadt – Moderne Verwaltung.

Rodgau ist mehr denn je auf eine effektive Verwaltung als Standortfaktor angewiesen. Die Straffung der öffentlichen Verwaltung ist thematisch ein Dauerbrenner. Es ist für jeden Bürger spürbar, dass er seinen Beitrag über Steuern, Gebühren und Abgaben leistet, die einen permanenten Aufwärtstrend aufweisen. Sobald er die Dienste in Anspruch nimmt, wird er in vielen Fällen nochmals direkt zur Kasse gebeten! Die FDP will, dass die Verwaltung ihre Aufgaben als Dienst für den Bürger begreift, daher ist es Ziel der FDP die Verwaltung zukunftsorientiert, bürgernah und finanziell tragbar weiterzuentwickeln. Die FDP will eine Konzentration der Verwaltung auf ihre hoheitlichen Aufgaben erreichen. Genehmigungsverfahren sind zu beschleunigen.

Zur Vereinfachung für den Bürger gehört auch die verstärkte Kommunikation über elektronische Medien (E-Government). In der letzten Legislaturperiode wurden schon erhebliche Schritte in Richtung „schlanke Verwaltung“ getan, dennoch muss man bei zu erwartenden knappen Ressourcen, über eine weitere Verschlinkung nachdenken. Verwaltungsmodernisierung und damit Bürokratieabbau ist eine wesentliche Aufgabe

im kommunalen Bereich. Schlanke Verwaltung ist kein Wert an sich, sie muss bei den Bürgern die Bereitschaft zur Selbstorganisation und Eigenverantwortung anstoßen. Nur so entsteht in der Bürgergesellschaft ein aktives Beziehungsgeflecht, eine verbesserte Verbindung zwischen Bürgern und Verwaltung.

Impressum

Herausgeber

FDP - Rodgau
Büchner Straße 3
63110 Rodgau

Verantwortlich:

Dr. Burkhard Winter, 1. Vorsitzender

Konzeption:

Marita Hermes, Dr. Bodo Holtkamp, Armin Hönig, Peter Hummel,
Herbert Kemp, Wolfram Kroner, Patrik Lindner, Heino Reckliß,
Heribert Schwab, Harald Stieber, Dr. Burkhard Winter.

Ansprechpartner:

Wirtschaft, Steuern und Verwaltung
Heino Reckliß
Telefon: 06106 - 647880
Fax. 06106 - 647881
Email: heino.reckliess@web.de

Verkehrspolitik und Innere-Sicherheit

Wolfram Kroner
Telefon: 01743264234
Email: w.kroner@fdp-rodgau.de

Kultur- Jugend- und Sozialpolitik

Bildungs- und Integrationspolitik

Marita Hermes
Telefon: 06106 – 16696
Email: m.hermes@fdp-rodgau.de

Prof. Dr. Kurt Offenloch
Telefon: 01718479020
Email: k.offenloch@fdp-rodgau.de

Natur- und Umweltpolitik

Armin Hönig
Telefon: 06106 – 23603
Email: a.hoenig@fdp-rodgau.de

Februar 2006, FDP - Rodgau

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern
sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung des Herausgebers.